



Niederschrift 16. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses - Videokonferenz

Sitzungstermin:	Donnerstag, 25.02.2021
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81/ Videokonferenz

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk SPD

Ausschussmitglieder

Frau Annina Beck	DIE aNDERE
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Sabine Frenkler	anerkannter freier Träger
Herr Matthias Kaiser	CDU
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger
Herr Tiemo Reimann	SPD
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger
Frau Katharina Tietz	anerkannter freier Träger
Frau Isabelle Vandre	DIE LINKE

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Cornelia Krönes anerkannter freier Träger

beratende Mitglieder

Frau Leni Naimova	Humanistischer Verband
Frau Nadine Redlich	Kita-Elternbeirat
Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Geschäftsbereich 2

Gast

Frau Sabine Reisenweber Fachbereichsleitung 23

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Ulrike Kallenbach	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Herr Sebastian Olbrich	AfD	nicht entschuldigt

Schriftführer/in:
Frau Eva Thäle

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.01.2021 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
 - 3.1 Fortschreibung Jugendförderplan
 - 3.2 Umsetzungsstand Mittagessen im Hort
 - 3.3 Sach- und Planungsstand Ribbeck-Eck
 - 3.4 Berichterstattung Präventionsrat Geschäftsbereich 3
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII
- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters
aus dem Kreisschülerrat
- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 7 Anträge
 - 7.1 Arbeitsbedingungen des Kreiskitaelternbeirats
Vorlage: 21/SVV/0219
Einreicher: Sabine Frenkler, Mitglied im Jugendhilfeausschuss
 - 7.2 Öffnung der Parks für alle Kinder und Jugendlichen im Sommer
Vorlage: 21/SVV/0220
Einreicher: Julia Schultheiss, Mitglied im Jugendhilfeausschuss
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 8.1 Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt
Potsdam (RKindertagespflege)
Vorlage: 21/SVV/0148
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und
Sport
- 9 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kolesnyk, eröffnet die Sitzung als Videokonferenz/ Hybridsitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.01.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 21.01.2021. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung fragt Herr Ströber zu folgendem Absatz bei Frau Reisenweber nach, ob dies so richtig sei:

Zu 3. Informationen des Jugendamtes
Regelung Kita/ Schule ab 11.01.2021

Herr Otto fragt, ob dafür temporäre pädagogische Tagesgruppen in Frage kommen würden. Laut Frau Reisenweber sei dies mit einem langwierigen Betriebserlaubnisverfahren zwischen MBSJ und Verwaltung verbunden und nicht kurzfristig umsetzbar. Sie ergänzt, dass in einigen Stadtteilen Potsdams jedoch bereits Angebote für Kinder mit besonderem Bedarf bestehen würden. Sie bestätigt dies.

Die ungeänderte Fassung wird einstimmig **angenommen**.

Herr Kolesnyk informiert zur Tagesordnung darüber, dass es folgende Ergänzungen unter TOP 3 Informationen der Verwaltung geben wird:

- Verfahrensgang der Stadtordnung (Frage aus dem JHA am 21.01.2021)
- Anfrage per E-Mail zum Spielplatzentwicklungskonzept von Herrn Kaiser
- Wahl der AG Kita nach §78 SGB VIII

Die so geänderte Tagesordnung wird von Herrn Kolesnyk zur Abstimmung gestellt und einstimmig **angenommen**.

zu 3 **Informationen des Jugendamtes**

zu 3.1 **Fortschreibung Jugendförderplan**

Frau Aabel berichtet, dass das Konzept ursprünglich in diesem JHA vorgestellt werden sollte. Dies wird nachgeholt, da zunächst noch eine Abstimmung mit der AG JuFö in zwei Wochen aussteht. Eine klassische Evaluation soll es nicht geben, da keine Ziele definiert wurden. Vielmehr soll der Blick nach vorne gerichtet werden, d.h. wie soll die Jugendarbeit in Potsdam in Zukunft aufgestellt sein. In das Rahmenkonzept sollen wissenschaftliche Erkenntnisse zur Jugendarbeit, die Jugendbefragungen und natürlich die Erfahrungen aus den

Häusern einfließen, um den aktuellen Bestand und die Bedarfe aufzusetzen und aus dem Gap die Maßnahmen zu generieren. Projekte wie zum Beispiel der Abenteuerspielplatz „Blauer Daumen“ und Die Arche sollen wie angekündigt analysiert werden. Der Beteiligungsprozess setzt ein, sobald das Rahmenkonzept verwaltungsseitig erstellt wurde. In der AG JuFö soll der aufgestellte Zeitplan vorgestellt werden. Stand heute, soll Ende des Jahres der Jugendförderplan in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht werden.

Herr Otto bittet darum an der nächsten AG JuFö teilnehmen zu dürfen. Frau Tietz bestätigt, dass ihm der Link zur Videokonferenz zur Verfügung gestellt wird.

zu 3.2 Umsetzungsstand Mittagessen im Hort

Frau Aubel berichtet, dass es keine aktuelle Zuarbeit zum Thema „Mittagessen“ gibt. Der Prüfprozess wird noch die Zeit bis zum darauffolgenden JHA im April in Anspruch nehmen. Der Bereich Kindertagesbetreuung steht hierzu im stetigen Austausch mit den Trägern.

zu 3.3 Sach- und Planungsstand Ribbeck-Eck

Der Jugend- und Freizeittreff "Ribbeck-Eck" benötigt eine umfassende Brandschutzsanierung mit hohem finanziellem Aufwand, welcher sich laut Kostenschätzung des KIS auf ca. 2,4 Mio € beläuft. In der Haushaltsplanung 2020/2021 (Stand 28.11.2019) wurden folgende Mittel eingestellt: (Mittelfristplanung)

- 2022 = 400.000 € (Vergabeverfahren Planungsleistungen, Planungsmittel usw.)
- 2023 = 1.000.000 € (Bauabschnitte, Umsetzung der Projektmaßnahme)
- 2024 = 1.000.000 € (Bauabschnitte, Umsetzung der Projektmaßnahme)

Als nächster Schritt ist die Beibehaltung der Ansätze der Mittelfristplanung 2020/2021 ff. der LHP bei der Aufstellung des kommenden Doppelhaushaltes der LHP in 2022/2023 ff. erforderlich. In wieweit dies angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung der LHP möglich sein wird, kann vom KIS nicht beurteilt werden (Auswirkungen der Corona-Pandemie). Vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassung zum Haushalt der LHP 2022/2023 und des Wirtschaftsplans des KIS 2022 würde der KIS nachfolgend mit der Projektumsetzung beginnen (vorbehaltlich der Verfügbarkeit der notwendigen Personalressourcen). Als einer der ersten Schritte würde dann die Durchführung eines entsprechenden Vergabeverfahrens zur Vergabe der notwendigen Planungsleistungen erfolgen. Vor Beginn der Vergabeverfahren über die Planungsleistungen ist die Vorgabe einer abschließenden Bedarfsplanung seitens des Fachbereichs für Bildung, Jugend und Sport erforderlich (Nutzerbedarfsprogramm, analog Schul-, Kita- und Hortprojekte). In der Planungsphase der Projektumsetzung des KIS wird der Träger, die Jugendeinrichtung sowie der Fachbereich Bildung, Jugend und Sport stets einbezogen (Einladungen zu Planungsrunden und Verteilung von Aufgaben). Weitere Angaben zum zukünftigen Projekt kann der KIS aktuell noch nicht machen.

zu 3.4 Berichterstattung Präventionsrat Geschäftsbereich 3

Den Mitgliedern wurde eine Beschreibung zum Aufbau, Aufgaben, Zielen und Arbeitsweise des kommunalen Präventionsrates sowie das Organigramm mit den

Unterlagen zum JHA vorab zur Verfügung gestellt. Frau Reisenweber regt an, dass Fragen gern gesammelt werden können, um diese in einer der kommenden Sitzungen zu beantworten. Der Lenkungsausschuss, unter der Leitung von Frau Meier (Beigeordnete des Geschäftsbereichs Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit), habe bisher aufgrund ihrer Leitung des Pandemiekrisenstabs erst einmal tagen können.

Frau Buhr bekräftigt, dass der zuständige Bearbeiter Herr Hansche (Bereich Allgemeine Ordnungsangelegenheiten) stets neue Mitglieder im AK Jugend, Prävention, Schule und Freizeit begrüße und Kontaktaufnahme per E-Mail möglich sei.

Frau Parthum fragt, wie sich der AK Jugend, Prävention, Schule und Freizeit zusammensetzt.

Sonstiges

Herr Kolesnyk berichtet zur **Stadtordnung** (Vgl. Niederschrift vom 21.01.2021), dass diese am 05.05.2021 in die SVV eingebracht werden soll und dann sicher eine Überweisung in den JHA erfolgt. Dann sei ein Votum möglich.

Herr Kaiser bittet um eine Berichterstattung zum **Spielplatzentwicklungskonzept** in einer der kommenden Sitzungen. Frau Buhr berichtet, dass die Einbringung in die SVV für Mai oder Juni geplant sei und eine Vorstellung im JHA ebenfalls erfolgen wird.

Am **18.03.2021** erfolgt die **Wahl der AG Kita**. Dafür muss vom JHA ein Mitglied zur Wahl gestellt werden sowie eine Person für den Wahlvorstand. Aktuell ist Frau Frenkler dort vertreten und wird für die Neuwahl durch den JHA bestätigt. Für den Wahlvorstand stellt sich Herr Ströber zur Verfügung.

zu 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UAJHP:

Herr Ströber berichtet, dass der UA am 09.02.2021 per Videokonferenz getagt hat.

Im Rückblick auf dem JHA am 21.01.2021 wurde die Erklärung zum Rücktritt des Sprecherinnenrates der AG 78 Kita besprochen. Die Neuwahl im März sei ausstehend. Danach werde das Thema ggf. noch einmal im UA behandelt.

Weiterhin wurde durch den UA zur Kenntnis genommen, dass die Drucksache zum Handlungsplan Chancengerechtigkeit verwaltungsseitig in der Stadtverordnetenversammlung zurückgezogen wurde, da eine Überarbeitung erfolgen wird. Es wurden Ansätze zur Verbesserung besprochen, u.a. müsste deutlicher dargestellt werden, welche Angebote und Aktivitäten in Potsdam schon bestehen. Eine neue Steuerungsgruppe soll zusammengestellt werden. Der UA sollte dort vertreten sein und auch bei der Überarbeitung des Konzeptes mitwirken. Dr. Lucic soll am nächsten UA teilnehmen.

Den Mitgliedern des JHA wurde mit den Unterlagen zur Sitzung eine Zusammenfassung zur Auswertung von Pandemieerfahrungen zur Verfügung

gestellt mit der Bitte um Kenntnisnahme. Eine Vorstellung im Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion (GSWI) und Bildungsausschuss entsprechend der Schnittstellen sei ebenfalls geplant.

Die Themenplanung für den UA in 2021 umfasst u.a. folgende Punkte:

- Monitoring für Jugendclubs in Zusammenhang mit Evaluation Jugendförderplan
- Gremienstruktur neu (in Vorbereitung auf JHA)
- Fortschreibung Jugendförderplan (in Vorbereitung auf JHA)
- Evaluation Gesamtkonzept Schule Jugendhilfe (in Vorbereitung auf JHA)
- Handlungskonzept Chancengerechtigkeit
- Auswirkungen Pandemie vor Herbst erneut besprechen

Ein Mitglied des UA berichtet, dass Eltern die Arbeit der Jugendberufsagentur (JBA) loben, jedoch feststellten, dass die engagierten Mitarbeiter möglicherweise auf Grund von Personalmangel nicht alle Schulen gleichermaßen erreichen. Zudem werden dem Vernehmen nach inklusiv beschulte Jugendliche nicht von der JBA erfasst und bekommen von den Rehabilitatoren nur Werkstattadressen. Aus Inklusion wird so wieder Exklusion. Frau Reisenweber wird dies in einem noch ausstehenden Termin mit der JBA besprechen.

AG Kita

Die AG hat nicht getagt.

AG HzE:

Herr Küken berichtet, dass die AG am 23.02.2021 getagt hat.

Man habe sich ebenfalls mit der Auswertung der Pandemieerfahrungen (Vgl. UA) beschäftigt, d.h. die Herausforderungen und Folgend betrachtet. Es ergab sich ein deutlich höherer Bedarf in der Familienberatung.

Weiterhin bestehe ein erhöhter Schutzmittelbedarf. Das Nutzen von Mitteln für ausgefallene Schulungen gehe nur teilweise, da diese trotzdem überwiegend virtuell stattgefunden haben. Man stelle jetzt trägerbezogene Anträge bei finanziellem Bedarf bei der Verwaltung.

Die AG bittet dringend darum auf die Einbeziehung von Kitaerziehern in die Impfstrategie hinzuwirken. Bis zum 22.02.21 erfolgte eine Abfrage bezüglich der Einbeziehung von stationären und ambulanten Einrichtungen zur Teststrategie. Die AG plädiert für eine zentrale Beschaffung von Tests.

Frau Reisenweber bestätigt die Abfrage des MBS zur Testung bei der Jugendsozialarbeit und Hilfen zur Erziehung und bekräftigt, dass die Verwaltung bei allen einen Bedarf sehe. Auch zu einer Abfrage zur Impfung durch das MBS wurde durch die Verwaltung alles erfasst und weitergegeben.

AG JuFö:

Die AG hat nicht getagt. Die nächste Sitzung sei am 15.03.2021.

RegAG1:

Es erfolgte keine Berichterstattung.

RegAG2:

Die AG hat nicht getagt. Die nächste Sitzung sei am 10.03.2021.

RegAG3:

Die AG hat nicht getagt.

zu 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Frau Buhr berichtet über die Auslobung des "Jugendinnovationspreises Potsdam 2020" und informiert zu der Veranstaltungsreihe des Düsseldorfer Symposiums zu Kinderrechten und Kinderschutz: „Kinder und Jugendliche in der Pandemie“. Die entsprechenden Unterlagen werden per E-Mail an die Mitglieder durch Frau Thäle weitergeleitet.

zu 6 Bericht des Kita-Elternbeirates

Der Kita-Elternbeirat berichtet zum aktuellen Stand (**Anhang 1**).

zu 7 Anträge

zu 7.1 Arbeitsbedingungen des Kreiskitaelternbeirats

Vorlage: 21/SVV/0219

Einreicher: Sabine Frenkler, Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Frau Frenkler bringt den Antrag ein. Da der Kreiskitaelternbeirat (KKEB) keine eigenen Anträge im JHA einbringen kann, tut sie das für den KKEB. Sie lobt die Arbeit dessen und plädiert für bessere Arbeitsbedingungen für den KKEB. Die ursprüngliche Version des Antrages wurde in Rücksprache mit dem KKEB und der Verwaltung überarbeitet und eine geänderte Fassung erstellt (**Anhang 2**). Herr Witzsche ergänzt zu den einzelnen Punkten des Antrages.

Frau Aabel bekräftigt, dass der Inhalt des Antrages verwaltungsseitig nachvollziehbar ist. Gegen eine Aufnahme in die Hauptsatzung spricht jedoch, dass Regelungen wie sie die §§ 4 i.V.m.19 BbgKVerf vorsieht, aufgrund der bereits bestehenden gesetzlichen Vorgaben des § 6a KitaG nicht mehr zu treffen sind. Insbesondere entscheidet die LHP nicht über die Einrichtung eines KKEB. Daher entfällt der Grund, den KKEB in die Hauptsatzung aufzunehmen. Dies werde jedoch trotzdem geprüft, ob sich durch die Aufnahme ein Mehrwert im Sinne der Antragstellung ergäbe.

Sie plädiert für eine gemeinsame Gesprächsrunde zwischen Verwaltung und KKEB, um Lösungen zu finden und den langwierigen Weg über die Stadtverordnetenversammlung (SVV) zu vermeiden.

Herr Kolesnyk ergänzt, dass aufgrund der aktuellen Geschäftsordnung des Jugendhilfeausschusses nur die Verwaltung und stimmberechtigte Mitglieder Anträge im JHA stellen können. Über eine etwaige Änderung sollte der JHA selbst diskutieren und das nicht in die SVV weitergeben. Man müsse aber sicherstellen, dass keine Ungleichheit bei der Berechtigung für Antragsstellungen entstehe. Alles was im JHA zu klären ist, sollte auch hier geklärt werden.

Nach der anschließenden Diskussion wird vereinbart, dass die Verwaltung die Umsetzungsmöglichkeiten prüft und der Antrag zunächst im Unterausschuss

gemeinsam mit dem KKEB behandelt wird und eine Zurückstellung bis zur Sitzung des JHA im April erfolgt. Frau Frenkler und Herr Witzsche begrüßen diesen Vorschlag.

Herr Kolesnyk stellt den Antrag auf **Zurückstellung bis zur Aprilsitzung des JHA** zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**

zu 7.2 Öffnung der Parks für alle Kinder und Jugendlichen im Sommer

Vorlage: 21/SVV/0220

Einreicher: Julia Schultheiss, Mitglied im Jugendhilfeausschuss

Frau Schultheiss bringt den Antrag ein. Sie ergänzt, dass Kinder- und Jugendliche auch ohne Vandalismus Parks und Bänke nutzen könnten und man die allgemeine Diskussion dazu, auch bezüglich zusätzlicher Mülleimer in den Parks, anregen wolle. Frau Tietz fügt hinzu, dass nicht nur Jugendliche von den Ergebnissen des Antrags profitieren würden.

Frau Aubel begrüßt das Ansinnen für Jugendliche mehr Räume zu schaffen. Sie schlägt vor den Antrag gemeinsam mit dem Generaldirekt der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) Berlin-Brandenburg Herrn Prof. Dr. Christoph Martin Vogtherr zu diskutieren, um Lösungen zu finden. Dies könne man schneller bewerkstelligen, denn eine Beauftragung des OBM eine konkrete Umsetzung herbeizuführen, sei aufgrund der Eigentumsverhältnisse generell nicht möglich.

Herr Kolesnyk ergänzt, dass es in der SVV im März einen ähnlichen Antrag der SPD und B90/DIE GRÜNEN geben werde („Treffpunkte für junge Menschen“, 21/SVV0226), der sich auf öffentliche Orte und Plätze generell bezieht. Er schlägt vor diesen Antrag mit Teilen des Antrages 21/SVV/0220 zu ergänzen, d.h. einen Ergänzungsantrag einzubringen.

Es wird befürwortet, dass die Bearbeitung in Form des Vorschlages von Herrn Kolesnyk beschleunigt werden kann und sollte. Man befürwortet diesen Vorschlag und parallel aber auch die Terminfindung mit Prof. Dr. Vogtherr von der SPSG, um Gespräche zu führen. Frau Aubel bestätigt, dass Sie ihn bereits per E-Mail kontaktiert habe. Sie schlägt einen Termin für März zwischen dem Generaldirektor, ihr, dem Stadtjugendring und Jugendlichen vor.

Herr Kolesnyk stellt anschließend die Änderungen der Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Ergänzungsantrag zur Vorlage 21/SVV/0226

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, kurzfristig auf die Stiftung Preußische

Schlösser und Gärten zuzugehen **und Gespräche zu führen** und sicherzustellen, dass sich damit **sich** in diesem Frühjahr/Sommer (März-Oktober 2021) junge Menschen auch in den Abendstunden in den Parks (besonders Babelsberger Park / Park Sanssouci) aufhalten können. Die LHP soll die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten dabei unterstützen, ausreichend Mülleimer und Hinweise zur Parknutzung aufzustellen. Dem JHA ist in der Aprilsitzung **Maisitzung** 2021 zu den Ergebnissen zu berichten

Abschließend stellt er die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen**

PAUSE 18:25 – 18:30 Uhr

zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 8.1 Richtlinie zur Ausgestaltung der Kindertagespflege in der Landeshauptstadt Potsdam (RKindertagespflege)

Vorlage: 21/SVV/0148

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Frau Gorgas bringt die Richtlinie anhand einer Präsentation ein (**Anhang 3**).

In der anschließenden Debatte wird die neue Richtlinie gelobt und es werden diverse fachliche Fragen ausgetauscht.

Herr Kolesnyk stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**

zu 9 Sonstiges

Herr Kaiser stellt eine Nachfrage zur Zusammensetzung des JHA und nimmt Bezug zur kürzlich erfolgten Ablehnung des Antrages einer Fraktion zur Neubesetzung der Fraktionsmitglieder des JHA durch die SVV. Herr Kolesnyk antwortet, dass die bisherige Zusammensetzung fortbestehe und insbesondere die Zahl der Stadtverordneten den gesetzlichen Anforderungen entspreche.

Nächster Jugendhilfeausschuss: Do. 18.03.2021, 16.30Uhr, Videokonferenz, Ort gem. § 9 BbgKomNotV – für die Öffentlichkeit Treffpunkt Freizeit

ENDE 19:00 Uhr